

Auszug aus der Niederschrift zur Sitzung des Umweltausschusses vom 01.07.2026

Öffentlicher Teil

TOP 6.1. Hitzeaktionsplan der Stadt Hagen

0389/2026

Kenntnisnahme
zur Kenntnis genommen

Herr Stockmann stellt anhand einer Präsentation *[dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt]* den Hitzeaktionsplan der Stadt Hagen vor.

Herr Meier verweist auf Hinweise des Bundesumweltministeriums, nachdem Mittel zur Klimatisierung von Räumen zur Verfügung stünden. Er möchte wissen, ob die Träger von Senioreneinrichtungen Anträge in diesem Bereich stellen könnten.

Herr Stockmann entgegnet, dass es derzeit keine dahingehenden Förderprogramme für soziale Einrichtungen gebe.

Herr Voigt fasst zusammen, dass mit dem Hitzeaktionsplan hauptsächlich informierende Sofortmaßnahmen aufgezeigt würden. Maßnahme A8 des Plans zielen hingegen auf konkrete Handlungen in sensiblen Einrichtungen ab. Er fragt nach, wie die angeführten Kühlungsmaßnahmen, Trinkwasserversorgung sowie angepassten Organisationsabläufe umgesetzt werden könnten.

Herr Stockmann merkt an, dass derzeit lediglich stationäre Pflegeeinrichtungen dazu verpflichtet seien, Hitzeschutzpläne umzusetzen. Kitas und Schulen blieben hierbei gesetzlich unberücksichtigt, man werbe allerdings kontinuierlich bei den Verantwortlichen für eine Etablierung derartiger Pläne. Bezugnehmend auf die seitens Herrn Voigt erwähnten Maßnahmen gehe es überwiegend um die Sensibilisierung des Pflegepersonals. Dieses werde angehalten, die Bewohner genau zu beobachten, Anzeichen von Hitzeerkrankungen zu erkennen sowie noch intensiver zur ausreichenden Flüssigkeitsaufnahme zu motivieren. Ferner betont er die aus seiner Sicht wichtigen, konkreten Angebote der Kühllosen sowie der Hitzeopatschaft.

Herr Szuka wirbt für den Ausbau der Kühllosen, da viele Menschen in den Hitzeperioden zuletzt dringend nach Abkühlung gesucht hätten. Die Stadt sei in vielen Bereichen, insbesondere bei privaten Einrichtungen, nicht verantwortlich. Dennoch hätten die Ereignisse in Dormagen gezeigt, dass ein enger Austausch mit den Trägern essentiell sei, um im Zweifel sogar Menschenleben zu retten. Land und Bund seien zukünftig in der Pflicht, den Kommunen und Einrichtungen mit entsprechenden Fördermaßnahmen zu helfen.

Frau Kuschel-Eisermann möchte wissen, ob die dargestellten Konzepte miteinbezogen würden, wenn neu gebaut werde. Es sei wichtig, präventiv zu denken und wieder deutlich mehr Flächen zu entsiegeln.

Herr Stockmann erklärt die bei Bebauungsplanverfahren und Neubauten geltenden Umwelt- und Klimastandards. Für den Bereich Hagen-Mitte identifiziere man derzeit in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Geoinformation und der TU Dortmund Entsiegelungspotentiale.

Städtebauliche Maßnahmen seien jedoch nur sehr langfristig hilfreich, um sich dem Klima anzupassen. Daher seien die kurzfristigen, niedragschwelligen Angebote zur Abkühlung essentiell.

Herr Ludwig führt zwei Aspekte an, die seiner Auffassung nach in der Betrachtung fehlten. Zum einen sei bekannt, dass in Hagen aufgrund der Tallage Schneisen freizuhalten seien, um den Luftaustausch und die Versorgung mit Kaltluft zu gewährleisten. Zum anderen sei es sinnvoll, neben der skizzierten Fassaden- auch eine Dachbegrünung von Gebäuden anzustreben. Er vergewissert sich, ob diese Aspekte im angekündigten zweiten Teil des Plans berücksichtigt würden.

Herr Stockmann bestätigt dies.

Empfehlungsbeschluss:

Der Hitzeaktionsplan für die Stadt Hagen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

☒ Zur Kenntnis genommen